
Einführung

Veränderungen bei den staatlichen Medien seit Regierungsantritt der PiS

Bis 2015 gab es in Polen kaum Probleme mit der Pressefreiheit. Meinungs- und Pressefreiheit wurden eher noch weiter ausgelegt als in anderen demokratischen Ländern. Seit 2015 die PiS-Partei (PiS = Prawo i sprawiedliwość = Recht und Gerechtigkeit, rechtspopulistische Partei in Polen) an die Macht gekommen ist, hat sich das teilweise geändert. Die PiS hat einerseits die staatlichen Medien verändert und versucht andererseits, die regierungskritischen privaten Medien in ihrer Arbeit zu behindern. Das erste Ziel dieser Behinderung war die Tageszeitung Gazeta Wyborcza.

Sie wurde 1989 von Oppositionellen für die erste freie Wahl gegründet (deshalb der Name Gazeta Wyborcza =Wahlzeitung) und hat sich als eine der wenigen aus der Opposition entstandenen Medien in Osteuropa als meinungsbildende Zeitung etabliert. Schon kurz nachdem die PiS an die Macht gekommen ist, hat sie verfügt, dass die Zeitung von öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Gerichten, nicht mehr gekauft und ausgelegt werden darf.

In der Gazeta Wyborcza steht auch heute noch viel zu z.B. katholischen Themen, aber insgesamt ist sie heute eher liberal und wird auch von vielen Linken gelesen. Für nationalkonservative Polen und Polinnen ist die Gazeta Wyborcza zum Hassobjekt geworden. In letzter Zeit klagen Politiker der PiS und ihnen nahestehende Personen oft gegen Journalistinnen und Journalisten der Zeitung. Manchmal ist schon vorher klar, dass die Zeitung vor Gericht gewinnen wird. Die Journalistinnen und Journalisten haben dadurch weniger Zeit, ihre eigentliche Arbeit zu machen, also kritisch zu berichten. Die häufigen Klagen sind bis jetzt eher eine Tendenz und noch kein systematisches Vorgehen.

Regionalzeitungen spielen in Polen nicht so eine große Rolle wie in Deutschland; trotzdem hat die Regierung den staatlichen Ölkonzern Orlen dabei unterstützt, einen großen Teil der Regionalzeitungen zu kaufen. Orlen hat im Bereich Medien keine Erfahrungen und keine finanziellen Interessen, so dass der Verdacht nahe liegt, dass es beim Verkauf der Zeitungen vor allem darum ging, kritische Medien mundtot zu machen.

Im Bereich Fernsehen gibt es, so wie in Deutschland, staatliche und private Fernsehsender. Große Shows laufen in beiden. Milionerzy (= Millionäre, also

„Wer wird Millionär“?) läuft z.B. auf TVN (privat) und Rolnik szuka żony (Bauer sucht Frau) im TVP (staatlich). Politisch gibt es aber große Unterschiede. Im staatlichen Fernsehen sind fast nur noch PiS-Meinungen und Themen zu sehen. TVN berichtet eher regierungskritisch. Dieser private Fernsehsender gehört der amerikanischen Firma Discovery. Die PiS-Partei hat deshalb ein Gesetz vorbereitet, in dem stand, dass Investoren von außerhalb der EU maximal 49 Prozent der Anteile an einem polnischen Fernsehsender besitzen dürfen. Das Gesetz wurde vom Parlament verabschiedet. Der polnische Präsident Duda hat das Gesetz aber nicht unterschrieben, so dass es nicht in Kraft trat und TVN weiterhin senden kann.

Nachdem die PiS an die Macht gekommen war, hat sie einige Gesetze so geändert, dass die Regierung mehr Einfluss auf die Wahl des Vorstands und des Aufsichtsrates für staatliche Medien bekommt. Viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden entlassen und durch regierungsnahen Journalisten und Journalistinnen ersetzt. Seitdem wird häufig kritisiert, dass vor allem das Fernsehen nicht mehr ausgewogen berichtet und vorrangig die Meinung der Regierung vertritt. Während der Präsidentenwahl 2020 hat der staatliche Fernsehsender TVP relativ offen den Kandidaten Duda unterstützt. Eine leichte Manipulation, wie sie auch in anderen Ländern manchmal vorkommt, wäre im Zusammenhang mit Wahlen z.B., dass man über ein eigentlich unwichtiges Ereignis (z.B.: ein Politiker besucht eine Schule) ausführlich berichtet, und zwar nicht deshalb, weil man das Ereignis wichtig findet, sondern nur, weil man den Politiker positiv darstellen will. Im TVP hat es im Wahlkampf einen mehrminütigen Beitrag über Duda in den Nachrichten (!) gegeben, ohne dass überhaupt ein Ereignis vorlag. Viele meinten, dass der Beitrag nicht von einem Werbespot zu unterscheiden war.

Kritik gab es auch bei der Angabe der Teilnehmerzahlen von regierungskritischen Demonstrationen. Normalerweise gibt es bei Demonstrationen Angaben der Polizei (also z.B. 50 000 Demonstrierende) und der Veranstalter (z.B. 80 000) und die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo in der Mitte. Im polnischen staatlichen Fernsehsender TVP gab es oft Angaben, die noch deutlich unter denen der Polizei lagen (also z.B. 10 000).